

Dezernat 0 – Organisationsbereich der LVR-Direktorin

Dezernat 0 hatte nach Vorgabe 250.000 EUR zu konsolidieren. Über unterschiedlichste Maßnahmen wurde dieses Konsolidierungspotential erreicht.

Da jedoch nicht beeinflussbare Mehraufwendungen in Höhe von 460.000 EUR im Bereich der politischen Gremien zu verzeichnen sind, ist tatsächlich der Budgetansatz 2011 nach Konsolidierung um 200.000 EUR höher als in 2010.

Nachfolgend die Ausführungen zu den einzelnen Produktgruppen:

PG 043 – Politische Gremien

Die Zuwendungen an die Fraktionen und die (Sitzungs-) Entschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeiten sind wegen der Vergrößerung der Landschaftsversammlung um 460.000 EUR gestiegen. Weiter sind zusätzlich 15.000 EUR sonstige Mehraufwendungen zu verzeichnen. Der Fachbereich hat keinen Einfluss auf diese Kosten.

Im Bereich der Veranstaltungen, Produkt 043.02, konnten durch folgende Maßnahmen insgesamt 100.000 EUR eingespart werden:

- Zusammenlegung von Veranstaltungen
- Verzicht auf Parlamentarischen Abend
- Einsparungen bei der Bewirtung

PG 044 – Verwaltungsführung

Es waren insgesamt keine Einsparungen in dieser Produktgruppe möglich.

PG 045 – Gleichstellung von Frau und Mann

Die geplanten Mehraufwendungen resultieren aus den erhöhten Beratungs- und Vermittlungskosten für das Angebot des Eltern- und Seniorenservice der AWO (Vorlage 13/157) (+25.000 EUR).

PG 046 - Rechnungsprüfung

Hier können die Fortbildungsmittel um 10.000 EUR reduziert werden.

PG 047 – Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Der Fachbereich Kommunikation hatte die Vorgabe 55.000 EUR in 2011 einzusparen. Tatsächlich konnte das Ergebnis um ca. 190.000 EUR verbessert werden.

Insbesondere bei der allgemeinen Öffentlichkeitsarbeit wurden 150.000 EUR aus dem Etat gestrichen; bei der Pressearbeit wurden zusätzlich 35.000 EUR realisiert. Die sonstigen Verbesserungen betragen 5.000 EUR. Der Tag der Begegnung bleibt von den Konsolidierungsmaßnahmen unberührt.

Dezernat 1 – Personal und Organisation

Nachfolgend werden die Ergebnisse der Haushaltskonsolidierung 2011 für den Bereich des Dezernates 1 zusammengefasst. Die Konsolidierungsmaßnahmen erstrecken sich auf vier Ertragssteigerungen sowie sechs Maßnahmen zur Aufwandsreduzierung mit einem gesamten Konsolidierungsvolumen von 1.159.400 EUR.

Zu den Maßnahmen im Einzelnen:

PG 067 - Arbeitssicherheit/Brandschutz/Betrieblicher Gesundheitsschutz

Ertragssteigerung 11.200 EUR

Die Arbeitssicherheit erbringt Serviceleistungen für den LVR-Klinikverbund. Dabei handelt es sich um Pflichtleistungen auf der Basis des Arbeitssicherheitsgesetzes. Die Leistungen umfassen im Einzelnen:

- regelmäßige sicherheitstechnische Begehungen
- Erstellung und Anpassung von Gefährdungsbeurteilungen
- Beteiligung an Arbeitsschutz-Ausschusssitzungen
- Abgabe einer Stellungnahme zu den Haushaltsunterlagen Bau im Hinblick auf sicherheitstechnische Aspekte
- Hinzuziehung bei Lärm- und Schadstoffproblemen
- Erfassung und Analyse von Arbeitsunfällen
- Erstellung der Unfallstatistik des LVR

Die vermehrte Inanspruchnahme der Leistungen ist Grundlage der erwarteten Ertragssteigerung.

PG 070 - Zentrale Dienste

Ertragssteigerung 443.000 EUR

Der strategische Einkauf des LVR im Bereich der Waren und Dienstleistungen gemäß VOL wurde im Rahmen eines Projektes mit Unterstützung durch ein externes Beratungsunternehmen neu ausgerichtet und optimiert.

Es wurde ein strategisches Warengruppenmanagement eingeführt, in dessen Folge alle für den LVR relevanten Warengruppen auf sieben Competence Center (CC) verteilt wurden. Die CC sind den Fachbereichen 11, 24 und 44 sowie den Eigenbetrieben LVR-Infokom und den LVR-Kliniken Viersen, Düsseldorf und Bedburg-Hau zugeordnet.

Durch die CC werden die entsprechenden Materialien und Dienstleistungen so weit wie möglich in Rahmenverträgen und Rahmenvereinbarungen gebündelt. Sofern Rahmenverträge nicht das geeignete Instrument sind, sind die CC darüber hinaus dafür zuständig, alle Individualbeschaffungen oberhalb bestimmter Wertgrenzen wirtschaftlich optimiert für die Bedarfsträger durchzuführen. Dadurch erfolgt eine weitreichende Konzentration der großen Einkaufsvolumen auf hochqualifizierte und kompetente Beschaffungsorganisationen, die durch die Bündelung in erheblichem Maße Einsparpotentiale erzielen.

Unter Berücksichtigung der bestehenden Leistungsbeziehungen zwischen CC und Bedarfsträgern werden die Kosten der CC verrechnet. Als Ausfluss des Projektes Einkauf sollen ab dem Jahr 2011 auch die anteiligen Kosten des CC im Fachbereich 11 gegenüber den Eigenbetrieben verrechnet werden, da für diese Bereiche erhebliche Leistungen erbracht werden. Die vor allem dadurch erwartete Ertragssteigerung beträgt 443.000 EUR.

PG 071 - Personalmanagement

Ertragssteigerung 356.200 EUR

Der Landschaftsverband Rheinland bildet pflegerisches Nachwuchspersonal für seine Kliniken selbst aus. Ab 2011 werden anteilige Ausbildungskosten durch die Krankenkassen an den LVR erstattet.

Hintergrund für die Erstattung der "Schüler-Ausbildungsvergütung" durch die Krankenkassen ist folgender:

Um den Kliniken einen Anreiz zu vermehrter Ausbildung zu geben, werden neben den klinikeigenen Pflegeschülern auch "fremde" Schüler ausgebildet. Diese fremden Schüler sind Pflegeschüler, die im Zentralen Budget stellunggeführt und daraus auch finanziert werden. Diese Ausbildungsvergütung wird gemäß § 17 a des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (KHG) zu 100% erstattet.

Das sind z.B. in der LVR-Klinik Bedburg-Hau in diesem Jahr 33 Schüler und Schülerinnen für die der Fachbereich 12 alleine eine Erstattung in Höhe von 339.000 EUR erhalten wird.

PG 072 - Recht

Ertragssteigerung 112.800 EUR

Die Ertragssteigerung in der genannten Höhe ist zum einen auf höhere Erstattungen bei allen Versicherungsleistungen (Haftpflicht-, Feuer-, Einbruch-Diebstahl-, Elektronikversicherung) zurückzuführen. Dies ist u.a. Folge der Sensibilisierung aller LVR-Fachbereiche, alle entstandenen Schäden vollständig über den LVR-Fachbereich 14 abzuwickeln.

Zum anderen konnten die Erträge aus Erstattungen von Anwalts-, Gerichts- und Vollstreckungskosten durch eine Optimierung der Forderungsverfolgung und Vollstreckung gegenüber den Vorjahren nochmals gesteigert werden.

Aufgrund der, mit den Vorständen der LVR-Kliniken verabredeten zentralen Prozessführung im LVR-Fachbereich 14, werden die Personalkosten für zwei Juristenstellen in der PG 072 vollständig refinanziert.

PG 067 - Arbeitssicherheit / Brandschutz / Betrieblicher Gesundheitsschutz

Aufwandsreduzierung 10.000 EUR

In den Kliniken des LVR erfolgen gesetzlich vorgeschriebene wiederkehrende Prüfungen im Bereich des Brandschutzes. Grundlage der Prüfungen sind die Baugenehmigung und das örtliche Brandschutzkonzept. Dabei wird auch der organisatorische Brandschutz berücksichtigt. Die Aufwandsreduzierung konnte durch den Abschluss günstigerer Honorarvereinbarungen mit den externen Gutachtern erreicht werden.

PG 070 - Zentrale Dienste

Aufwandsreduzierung 98.000 EUR

Der Fachbereich 11 hat an verschiedenen Stellen für 2011 weitere Einsparpotenziale realisiert. Es handelt sich um eine Vielzahl von kleinen Einzelpositionen, die in der Summe 98.000 EUR ergeben. Beispielhaft seien hier nur aufgeführt, Einsparungen bei den Verbrauchsmaterialien wie Reduzierung von Kalendern und Papierverbrauch, Einsparungen bei den Portokosten, Reduzierung der Bücher und Zeitschriften. Durch eine Reduzierung der Zahl der Dienstkraftfahrzeuge werden auch im Bereich der Betriebskosten Einsparungen erzielt. Darüber hinaus wurden ursprünglich geplante Instandsetzungsmaßnahmen im Bereich der Einrichtungsgegenstände aufgegeben.

PG 071 - Personalmanagement

Aufwandsreduzierung 34.000 EUR

Der überwiegende Teil der Aufwandsreduzierung fällt im LVR-Institut für Training, Beratung und Entwicklung durch die Realisierung folgender Maßnahmen an:

- Das LVR-Institut für Training, Beratung und Entwicklung setzt verstärkt auf interne Referentinnen und Referenten, d. h. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LVR eignen sich (Fach-)Wissen an, welches Sie dann als Multiplikatoren an die anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weitergeben.
- Der mit Abstand größte Teil der Veranstaltungen wird in Köln in der Zentralverwaltung durchgeführt. Damit reduzieren sich die Kosten für externe Tagungsstätten.
- Das LVR-Institut für Training, Beratung und Entwicklung hat das gesamte Programmangebot (zeitlich und inhaltlich) gestrafft. Alle Veranstaltungen wurden auf den Prüfstand gestellt und ggf. zeitlich gekürzt bzw. komplett aus dem Programm genommen.
- Das Anmeldeverfahren für Seminare, Workshops und Trainings wurde dahingehend überarbeitet, das nun die Führungskräfte detaillierter begründen müssen, warum sie Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu einem Seminar schicken möchten. Somit muss sich nun noch intensiver damit auseinandergesetzt werden, ob die beantragte Veranstaltung tatsächlich notwendig ist.

Darüber hinaus führt in der PG071 eine Reduktion bei den öffentlichen Bekanntmachungen, insbesondere durch die Ausschöpfung kostengünstiger Alternativen bei den Stellenausschreibungen zu einer weiteren Aufwandsreduzierung.

PG 072 - Recht

Aufwandsreduzierung 21.300 EUR

Im LVR-Fachbereich 14 kann die Vergabe von externen Gutachten erheblich reduziert und durch eigenes Personal erledigt werden. Darüber hinaus können die Ausgaben für Anwalts-, Gerichts- und Rechtsverfolgungskosten aufgrund erfolgreicher Prozessführung verringert werden.

alle PG des Dezernates 1 – PG 067 - 072

Aufwandsreduzierung 23.900 EUR

Die im Bereich der Reisekosten erzielte Aufwandsreduzierung wird durch die Ausnutzung von organisatorischen Maßnahmen wie die Rückführung der Möglichkeit bei Auslastungsspitzen im Fahrdienst, Mietfahrzeuge der Deutschen Bahn AG in Anspruch zu nehmen sowie die Anwendung einer schärferen Genehmigungspraxis erreicht.

alle PG des Dezernates 1 – PG 067 - 072

Aufwandsreduzierung 49.000 EUR

Im Bereich der IT des Dezernates 1 werden Einsparungen bei der Softwarepflege realisiert. Daneben erfolgen Eingriffe in die Bereitstellung von PC Systemen für Azubis und andere Ausstattungen. Darüber hinaus werden Einsparungen im Bereich der Speicherplatznutzung und den Zugriff auf die zentralen Rechnersysteme durch Beeinflussung des Anwenderverhaltens erzielt.

Dezernat 2 – Finanz- und Immobilienmanagement

Das Dezernat 2 hatte die Vorgabe, für das Jahr 2011 ca. 1,7 Mio. EUR einzusparen. Dies ist – wie den Ausführungen zu den Fachbereichen Finanzmanagement und Gebäude- und Liegenschaftsmanagement zu entnehmen ist – auch gelungen, das Ergebnis wurde sogar übertroffen.

Fachbereich 21 – Finanzmanagement **PG 038, 039, 073, 048**

Der Fachbereich Finanzmanagement soll lt. Vorgabe im Jahr 2011 780.000 EUR zur Konsolidierung beitragen.

Getragen wird die Konsolidierung hauptsächlich durch zwei Positionen. Das Finanzergebnis sollte sich weiterhin positiv entwickeln (s. PG 038 und 048). Durch den in den letzten Jahren bis heute konsequent praktizierten Schuldenabbau sowie der günstigen Zinsentwicklung konnten die Zinsaufwendungen erheblich gesenkt werden. Hier geht der Fachbereich von einer Verbesserung von ca. 1.100.000 EUR aus.

Die Trägerzuschüsse, die die Kernverwaltung den Eigenbetrieben für deren Baumaßnahmen gewährt, wurden im Haushalt und den Wirtschaftsplänen überprüft und auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt. Hier können die Aufwendungen um 900.000 EUR gesenkt werden.

Auch die Prozesse im Fachbereich Finanzmanagement wurden - unterstützt durch eine interne Organisationsuntersuchung – optimiert. So erhofft sich der FB 21 in den Bereichen Schuldenmanagement, Kreditoren- und Debitorenbuchhaltung dank einer verbesserten Aufbau- und Ablauforganisation Einsparungen bzw. Ertragssteigerungen von insgesamt ca. 300.000 EUR zu erzielen.

Zusätzlich sollten die Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen um ca. 300.000 EUR steigen. Hier zeigt sich, dass der Kurs des LVR, profitable Wertpapiere bzw. Beteiligungen nicht zu veräußern, zur Haushaltskonsolidierung beiträgt.

Neben weiteren Einsparungserfolgen muss der Fachbereich 21 jedoch auch einige Mehrbelastungen auffangen. Hier ist z.B. die vorgeschriebene Drohverlustrückstellung in Höhe von 955.000 EUR zu nennen, die auf Grund der Klage einiger Mitgliedskörperschaften gegen den Umlagesatz des Jahres 2007 einzustellen ist.

Insgesamt ergibt sich für den Fachbereich Finanzmanagement eine Konsolidierungssumme von 1.645.000 EUR.

Fachbereich 24 – Gebäude- und Liegenschaftsmanagement PG 014

Das Gebäude- und Liegenschaftsmanagement (GLM) hatte für 2011 als Vorgabe, sein geplantes Ergebnis um ca. 920.000 EUR auf 35,53 Mio. EUR zu verbessern.

Dieses Ziel hat der Fachbereich – wie dem am 10.12.2010 eingebrachten Entwurf entnommen werden kann – für das Jahr 2011 erreicht:

- Dabei müssen zusätzlich Mehraufwendungen bei den Bilanziellen Abschreibungen in Höhe von ca. 120.000 EUR kompensiert werden.
- Dagegen steigen die Erträge aus Dienstleistungen des GLM und die aktivierten Eigenleistungen deutlich an. So können die Erträge aus Dienstleistungen des GLM wahrscheinlich um 740.000 EUR gesteigert werden. Bei den Aktivierten Eigenleistungen im Rahmen von Investitionsprojekten ist ein Zuwachs von 300.000 EUR geplant.

Darüber hinaus prüft der Fachbereich, ob die Instandhaltungsaufwendungen für 2011 einmalig um 140.000 EUR gesenkt werden können.

Dezernat 4 - Jugend

Das LVR-Landesjugendamt hat sich dem Prozess der Haushaltskonsolidierung gestellt. In Zusammenarbeit der LVR-Fachbereiche *Kinder und Familie* (42), *Jugend* (43) sowie des *Steuerungsdienstes* (41) wurden die Haushaltsansätze auf Einspar- oder Steigerungspotenziale analysiert. Die Umsetzung der Maßnahmen erfolgte im Rahmen der Haushaltsplanung 2011.

Insgesamt konnten Ertragsteigerungen von 300.000 EUR und Aufwandsreduzierungen von ca. 3.030.000 EUR erreicht werden. Dies übertrifft sogar die geforderte Konsolidierungssumme von 3.231.131 EUR um ca. 100.000 EUR.

Die Verwaltung selber kann, aufgrund gesetzlicher Grundlagen oder politischer Beschlüsse, nur einen geringen Anteil der Haushaltsmittel beeinflussen. Die originären und somit beeinflussbaren Mittel des LVR-Landesjugendamtes sind in den letzten Jahren rückläufig - lediglich gesetzliche Ursachen, z.B. die Einführung des Kinderbildungsgesetzes, haben zu einer deutlichen Steigerung der Planungsansätze und auch Jahresergebnisse geführt.

Zudem gibt es Bereiche, auf die nur ein geringer Einfluss genommen werden kann. Beispielsweise seien hier die Aufwendungen für die IT-Ausstattung der Arbeitsplätze genannt, wo die Aufwendungen mit den technischen Anforderungen ansteigen.

PG 050 - Erzieherische Hilfen

Einsparpotenzial 28.000 EUR

Bei den „Hilfen für Deutsche im Ausland“ handelt es um eine Pflichtaufgabe des LVR. Dennoch konnte aufgrund der rückläufigen Fallzahlen in diesem Bereich der Ansatz um 15.000 EUR reduziert werden. Natürlich besteht hier auch noch die Gefahr, dass neue Fälle auftreten und der dann vorhandene Ansatz nicht auskömmlich sein könnte - das Risiko wurde entsprechend abgewogen und für das kommende Jahr als gering eingestuft.

In den letzten Jahren wurden Sportkonzepte der Heime der öffentlichen Erziehung aus Mitteln des LVR gefördert. Diese Förderung wird gestrichen, wodurch Mittel in Höhe von 13.000 EUR eingespart werden können.

PG 051 - Hilfen für Kinder mit Familien

Einsparpotenzial 20.000 EUR

Für das kommende Jahr wurde auf die Umsetzung von Fortbildungsveranstaltungen verzichtet. Zum Zeitpunkt der Konsolidierungsgespräche waren diese noch nicht konkret geplant und konnten ohne großen Verlust (auch Zeitaufwand des Personals) zur Einsparung angeboten werden.

Produktgruppe 052 - Jugendförderung

Einsparpotenzial 328.000 EUR

Die Kostenerstattung an Jugendämter verzeichnet seit wenigen Jahren einen Rückgang der den LVR betreffenden Fälle, so dass die Planung der Haushaltsmittel an die künftige Entwicklung angepasst worden ist. Dies ergab eine Aufwandsreduzierung von 300.000 EUR.

Die Zentrale Fortbildungsstelle des LVR-Landesjugendamtes kann 28.000 EUR ihrer ursprünglichen 78.000 EUR Eigenmittel einsparen. Die Einsparungen führen zu keinem Qualitätsverlust der Fortbildungen, da diese durch entsprechende Umstrukturierungen (andere Tagungshäuser, Neuberechnung von Teilnahmegebühren, etc.) aufgefangen werden können.

PG 074 - Leistungen zur vorschulischen Bildung

Einsparpotenzial 2.950.000 EUR

Die Aufwendungen der Produktgruppe 074 sind stark durch gesetzliche Vorgaben und die politischen Beschlüsse geprägt. Aufgrund dieser beiden Gegebenheiten musste hier der größte Aufwand zur Ermittlung von möglichen Einsparpotenzialen aufgebracht werden. Im Ergebnis wurden die Fallzahlen der integrativen Kindertagesstätten (Anzahl Plätze) und bei der Leitungsfreistellung angepasst.

In den vergangenen Jahren wurde grundsätzlich mit einer Steigerung der Plätze in integrativen Kindertagesstätten von 300 pro Jahr ausgegangen - die tatsächliche Steigerung lag aber deutlich darunter, so dass die Planungen hier nach unten korrigiert worden sind. Gleiches trifft auf die Leitungsfreistellung zu: von 500 möglichen Anträgen sind, nach Informationen des Fachbereiches 42, weniger als die Hälfte eingegangen - die maximalen Aufwendungen von rd. 6,0 Mio. EUR konnten somit reduziert werden. Insgesamt ergeben sich Aufwandsreduzierungen (Sonderkindergärten, integrative Kindertagesstätten, Einzelfallhilfen und Einzelintegration) in Höhe von 2,65 Mio. EUR. Aufgrund der Aufwandssteigerung im Bereich der Sonderkindergärten kann nicht mehr eingespart werden.

Hinzu kommt die Anpassung der Ertragsplanung an die Ergebnisse der letzten Jahre. Hier wurde der Ansatz um 300.000 EUR erhöht.

Dezernat 5 - Schulen

Nachfolgend sind die Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung des Dezernates 5 für das Jahr 2011 im Einzelnen dargestellt. Sie beinhalten in den Produktgruppen 054 und 055 sowohl Ertragssteigerungen als auch Maßnahmen zur Sachaufwandreduzierung. Bei einer Verrechnung mit dem Mehrbedarf an Personalkosten ergibt sich ein Gesamtkonsolidierungsvolumen in Höhe von 1.756.954 EUR. Vorgabe war es, ca. 1,77 Mio. EUR in 2011 einzusparen.

PG 054 – Dezentraler Service- und Steuerungsdienst

Sachaufwandsreduzierung: 10.000 EUR

- Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung wurden Mittel für die Förderung von schulischen Veranstaltungen auf 5.000 EUR gekürzt.

Mehraufwand im Bereich der Personalkosten: 69.600 EUR

- Im Fachbereich 44 sollen im Jahr 2011 zwei neue Stellen für den Bereich „Inklusion“ eingerichtet werden. Hierfür wurden 69.600 EUR eingeplant.

PG 055 – Bereitstellung schulischer Einrichtungen

Ertragssteigerungen: 560.000 EUR

- Im Bereich der therapeutischen Abrechnungen wird eine Steigerung i. H. v. 300.000 EUR erwartet.
- Auf Grund von geplanten Preissteigerungen bei der Vermietung von Sporthallen und Schwimmbädern erhöhen sich die Einnahmen in 2011 voraussichtlich um weitere 260.000 EUR.

Die Erhöhung der Nutzungsgebühr sieht eine Steigerung um insgesamt 50 % vor, die jedoch auf 3 Jahre verteilt wird. Im Jahr 2011 sollen die Mieterträge um 20 %, in 2012 10% und in 2013 um weitere 20 % angehoben werden. Darüber hinaus ist geplant allen Sportstättennutzern, die bisher unentgeltlich die Einrichtungen des LVR nutzen, die Nutzungsgebühren in Rechnung zu stellen.

Sachaufwandsreduzierung: 1.496.954 EUR

- Im Bereich der Schülerbeförderung wurden erhebliche Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen, mit dem Ziel Standards sozialverträglich abzusenken, ergriffen. In Absprache mit dem Rechnungsprüfungsamt wurden wieder vorrangig teure Verträge gekündigt. Darüber hinaus sollen zukünftig keine Begleitpersonen mehr in Kleinbussen eingesetzt werden, lediglich in begründeten Einzelfällen. Hierdurch

werden Einsparungen im Bereich Schülerbeförderung von rund 350.000 EUR erwartet.

- Die „Erstattungen an übrige Bereiche“ reduzieren sich um 130.000 EUR. Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung wurden für die offene Ganztagschule die freiwilligen Leistungen des Landschaftsverbandes gestrichen. Bislang wurde vom LVR eine erhöhte Betreuungspauschale i.H.v. 5.500 EUR pro OGS-Gruppe gezahlt. Diese wird ab dem Schuljahr 2011/12 nicht mehr an die Kooperationspartner ausbezahlt. Des Weiteren hat der LVR die Elternbeiträge für die offene Ganztagschule vorfinanziert. Auch diese freiwillige Leistung wurde zum Schuljahr 2011/12 nicht mehr eingeplant.
- Das Fortbildungsbudget für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der LVR-Förderschulen wurde für das Haushaltsjahr 2011 um 40.000 EUR gekürzt.
- Die ursprünglich geplanten Aufwendungen für die Fahrten ins Museum in Höhe von 25.000 EUR werden vom LVR-Dezernat 9 übernommen und müssen aus diesem Grund nicht mehr eingeplant werden.
- Nachdem die Silentien am Berufskolleg Essen von der Bezirksregierung nicht gefördert werden konnten, hat der Fachbereich Schulen die Silentien als freiwillige Leistung übernommen. Ab dem Jahr 2011 werden die Silentien am Rhein.-Westf. Berufskolleg nicht mehr mit 17.000 EUR gefördert.
- Der Ansatz 2011 für den Bereich Energie, Aufwendungen Gebäude und Grundstücke und Betriebskosten verringert sich um insgesamt 898.400 EUR. (505.600 EUR, 222.000 EUR, 170.800 EUR). In den Ursprungsplanungen (Entwurf 2010) für 2011 ist man von zu hohen Steigerungsraten in diesen Bereichen ausgegangen.
- Die restlichen zur Haushaltskonsolidierung notwendigen 36.554 EUR wurden bei diversen Kostenarten eingespart. Eine detaillierte Aufstellung entfällt.

Personalaufwandsreduzierung: 631.700 EUR

- Der Personalaufwand für die Therapeuten an den LVR-Förderschulen soll durch den Verzicht auf die Umsetzung des Therapie-Schlüssels 1:16 reduziert werden. Hierzu wird auf die Vorlage 13/935 verwiesen.

Im Vergleich zu den ursprünglichen Planungen für das Jahr 2011 müssen allerdings auch Mehraufwendungen an Personalkosten Berücksichtigung finden:

Mehraufwand im Bereich der Personalkosten: 1.162.100 EUR

- Aufgrund von Tarifsteigerungen in 2011 und der Auszahlung der leistungsorientierten Bezahlung (LOB) – erstmalig auch für das Personal an den LVR-Förderschulen - entsteht ein Mehraufwand in Höhe von rd. 1.009.200 EUR.

- Für die drei neuen Kompetenzzentren für sonderpädagogische Förderung an den LVR-Förderschulen Aachen und Köln mit dem Förderschwerpunkt Hören und Kommunikation und der LVR-Förderschule Düren mit dem Förderschwerpunkt Sehen wurden zusätzliche Stellen eingeplant. Hierfür wurden im Jahr 2011 zusätzlich 102.800 EUR in der PG 055 veranschlagt.
- Für die Pflegkräfte an den LVR-Förderschulen entsteht in der PG 055 voraussichtlich ein Mehraufwand in Höhe von rd. 50.100 EUR.

Hinweis zur Reduzierung des Konsolidierungsbeitrages: 290.000 EUR

Die Erträge für die ehemaligen Lehrer der LVR-Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Sehen in Düren gemäß § 4 SchFG werden zukünftig vom LVR Dez. 1 vereinnahmt. Mit der Kämmerin wurde vereinbart, dass dieser Betrag nicht zu Lasten des Dez. 5 gehen soll. Hierdurch reduziert sich der ursprüngliche Konsolidierungsbeitrag i.H.v. 1.756.954 EUR des Dezernates 5 entsprechend.

Dezernat 7 – Soziales und Integration

Zur Erstellung des Haushaltsplans 2011 wurde in Zuständigkeit von Dezernat 7 ein Konsolidierungsbeitrag in Höhe von rd. 51,25 Mio. EUR geleistet. Dieser Konsolidierungsbeitrag wurde ausschließlich in der **Produktgruppe 017 – Leistungen für Menschen mit Behinderungen, pflegebedürftige Menschen und Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten** vorgenommen.

Folgende Maßnahmen / Planungen sind zur Realisierung dieses Konsolidierungsbeitrages für das Haushaltsjahr 2011 gegenüber der bisherigen mittelfristigen Finanzplanung in die Haushaltsplanung eingeflossen:

Minderaufwand

Leistungen zur Beschäftigung in einer Werkstatt für Behinderte Menschen – WfbM

Der hier jährlich steigende Aufwand resultiert insbesondere aus der nach wie vor steigenden Zahl von Leistungsberechtigten, die aufgrund einer wesentlichen Behinderung einen Rechtsanspruch auf Beschäftigung in einer WfbM haben. Bislang stieg die Zahl der leistungsberechtigten Personen in Werkstätten jährlich um rd. 1.200 Personen an. Der Haushaltsentwurf 2011 unterstellt im Gegensatz dazu für dieses Jahr einen Nettozuwachs von nur 800 Personen. Es wird erwartet, dass das Modellprojekt „Übergang 500 plus mit dem LVR-Kombilohn“ sowie die modellhafte Erprobung alternativer Beschäftigungsmodelle – wie z. B. Zuverdienstmöglichkeiten - und entsprechende Zielvereinbarungen mit den Trägern der Werkstätten für behinderte Menschen nicht nur zu einer Erhöhung der Zahl der „Werkstattwechsler“ auf den ersten Arbeitsmarkt beitragen, sondern insgesamt zu einem reduzierten Fallzahlenanstieg führen. Zielvereinbarungen mit den Trägern der Werkstätten, aber auch ein vermehrter Personaleinsatz der Integrationsfachdienste für den Übergang von der WfbM auf den ersten Arbeitsmarkt (s. auch Vorlage 13/924), sollen dazu beitragen diese Erwartungen zu konkretisieren

erwarteter Minderaufwand: 8,1 Mio. EUR

Ambulant Betreutes Wohnen

Ursprünglich wurde entsprechend der Vorjahre ein Anstieg der Leistungsberechtigten von 2.200 Personen erwartet. In diesem Bereich wird nun ein Zuwachs von lediglich 1.800 Leistungsberechtigten angenommen. Es wird erwartet, dass die Beschlüsse des Landschaftsausschusses zur externen Begutachtung (Neuanträge des Personenkreises der Menschen mit psychischen Behinderung werden auf das Vorliegen einer wesentlichen Behinderung sowie mögliche vorrangige Leistungsansprüche gegen Dritte, hier insbesondere die Krankenkassen, überprüft) und zur anbieterneutralen Erstberatung durch KoKoBe und SPZ einen Beitrag in diesem Sinne leisten können.

Erwarteter Minderaufwand: 2,7 Mio. EUR

Krankenhilfe, Hilfe zur Pflege, summarische Abrechnung mit den örtlichen Trägern etc.

Die Möglichkeiten der Aufnahme von Leistungsberechtigten in die gesetzliche Krankenversicherung werden intensiv genutzt. Nach schwierigen Verhandlungen wurden Vereinbarungen zur Umsetzung der Zuständigkeit der gesetzlichen Krankenversicherung für die medizinische Behandlungspflege in Pflegeeinrichtungen abgeschlossen. Insbesondere aufgrund dieser Maßnahmen sowie aufgrund der Kostenentwicklung 2010 wird in diesen Bereichen in 2011 ein Minderaufwand erwartet.

Erwarteter Minderaufwand: 28,6 Mio. EUR

Freiwillige Leistungen

Alle freiwilligen Leistungen im Verantwortungsbereich von Dezernat 7 wurden einer umfassenden Überprüfung unterzogen. Nach intensiver Prüfung hat sich die Verwaltung entschlossen, diejenigen freiwilligen Leistungen, die zur Umsetzung der Zielsetzung „Ambulant vor stationär im Bereich Wohnen“ und damit zur Kostensteuerung erforderlich sind, nicht zur Disposition zu stellen. Dies gilt insbesondere für die Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsstellen (KoKoBe) und die Sozialpsychiatrischen Zentren (SPZ). Allerdings wird mit dem Haushalt 2011 der Wegfall der Förderung von Ferienmaßnahmen für Wohnheimbewohnerinnen und -bewohner vorgeschlagen, dies gleichermaßen für die Bewohnerinnen und Bewohner von Wohneinrichtungen freier Träger und die Bewohnerinnen und Bewohner der eigenen Einrichtungen. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass inzwischen über 50 % der Menschen mit Behinderung mit Unterstützungsbedarf im Bereich Wohnen ambulante Unterstützungsleistungen – Betreutes Wohnen – erhalten. Für diesen Personenkreis war und ist keine Förderung von Ferienmaßnahmen vorgesehen.

Erwarteter Minderaufwand 0,6 Mio. EUR
(sowie ca. 0,6 Mio. EUR in eigenen Einrichtungen)

Folgende freiwilligen Leistungen sind zeitlich befristet und enden mit Ablauf des HH-Jahres 2010:

- Modellförderung ‚ambulant vor stationär im Freizeitbereich‘ – Projektförderung (Leuchtturmprojekte); Planansatz 208.000 EUR
- Modellförderung ‚ambulant vor stationär in der Freizeit‘ – individuelle Förderung Planansatz 192.000 EUR
- Modellprojekt ‚Erprobung des selbständigen Wohnens‘; Planansatz 910.000 EUR
- Förderung Institut Konsulentenarbeit

Die derzeitige institutionelle Finanzierungsform überwiegend aus Mitteln der Sozialhilfe läuft zum Ende 2010 aus und wird durch eine Einzelfallförderung nach entsprechender Bedarfsprüfung abgelöst.

Die Verlängerung des Modellprojektes ‚Familienpflege für geistig behinderte Kinder und Jugendliche‘ bis zum 30.06.2013 wurde zwischenzeitlich gem. Vorlage 13/761 beschlossen.

Mehraufwand / Risiken

Im Vergleich zu den ursprünglichen Planungen für das Jahr 2011 muss allerdings auch mit Mehraufwendungen gerechnet werden.

Auswirkungen der Ausführungsverordnung zum Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) - Sozialhilfe - des Landes Nordrhein-Westfalen (AV-SGB XII NRW) vom 29. April 2009:

Mit der letzten Änderung der Verordnung des Landes zur Ausführung des SGB XII und der Verlängerung der Zuständigkeit des LVR für die Leistungen des Betreuten Wohnens sind zwei neue Aufgaben auf den LVR übertragen worden, deren finanzielle Auswirkungen derzeit noch nicht zuverlässig ermittelt werden können.

Ambulante Komplexleistungen

Menschen mit Behinderung, die selbstständig in der eigenen Wohnung leben und einen umfassenden, vor allem auch pflegerischen Unterstützungsbedarf von bis zu 24 Stunden am Tag haben, erhalten die Finanzierung der Leistungen auch dann vollständig durch den LVR, wenn nur ein geringer Anteil der notwendigen Dienstleistungen auf Leistungen des Betreuten Wohnens im Sinne der Eingliederungshilfe entfällt.

erwarteter Mehraufwand: 5,7 Mio. EUR

Leistungen nach § 67 SGB XII, ambulante Leistungen für Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten

Hier ist der LVR nun auch für die Leistungen des ambulant betreuten Wohnens zuständig, wenn sie dazu dienen, stationäre Unterbringungen zu verhindern. Die Verhandlungen mit den Verbänden der Wohlfahrtspflege zum Vergütungs- und Abrechnungsverfahren für diese neue Aufgabe konnten noch nicht abgeschlossen werden, sodass der erwartete Mehrbedarf aufgrund einer Zunahme der leistungsberechtigten Personen nur geschätzt werden kann.

erwarteter Mehraufwand: mindestens 2,0 Mio. EUR

Stationäres Wohnen für Menschen mit Behinderung

Aufgrund der demografischen Entwicklung, dass also auch Menschen mit Behinderung, die in den Wohneinrichtungen leben, immer älter werden, ist hier eine Kostensteigerung aufgrund eines alterbedingten erhöhten Unterstützungsbedarfes zu erwarten.

erwarteter Mehraufwand: 1,0 Mio. EUR

Umsetzung der Rahmenzielvereinbarung II zum Wohnen mit den Spitzenverbänden der Wohlfahrtspflege insbesondere zum Platzabbau in Wohneinrichtungen etc.

Der geplante Platzabbau konnte in dem vereinbarten Zeitrahmen (noch) nicht erreicht werden. Es ist somit zu erwarten, dass entgegen den ursprünglichen Annahmen eine Reduzierung der Wohnheimplätze zumindest zunächst nicht eintreten wird. Diese Thematik wird Gegenstand der Gespräche mit den Spitzenverbänden der Wohlfahrtspflege werden (siehe unten).

erwarteter Mehraufwand: 6,5 Mio. EUR

Erhöhung der Erträge

Die Realisierung von Erträgen konnte deutlich verbessert werden, das Jahresergebnis 2009 sowie die aktuellen Prognosen für 2010 gehen von deutlichen Mehrerträgen aus in den Bereichen Kostenbeiträge, Unterhalt, Kindergeld, Renten und Wohngeld. Diese werden für die Folgejahre entsprechend fortgeschrieben.

Durch die gerichtlich festgestellte Zuständigkeit der BAFöG-Ämter auch für die Kosten der Internatsunterbringung von Menschen mit Behinderung werden im Jahr 2011 einmalige Mehrerträge in Höhe von rd. 16,5 Mio. EUR aufgrund von Erstattungen für die Vorjahre erwartet. Für die Folgejahre wird von laufenden Mehrerträgen in Höhe von rd. 2 Mio. EUR pro Jahr ausgegangen.

Erwartete Mehrerträge: 26,5 Mio. EUR

Aus der Summe dieser Maßnahmen zzgl. der Ergebnisverschlechterungen in den PG 016, 034, 035 und 040 in Höhe von über 1 Mio. EUR ergibt sich ein Konsolidierungspotenzial von rd. 51,25 Mio. EUR.

Haushaltskonsolidierung für das Jahr 2012 ff.

Ziel der beiden Landschaftsverbände ist es, ab dem 01.01.2012 Einsparungen im Umfang einer Absenkung aller Entgelte für die Leistungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen um 2 Prozentpunkte zu erreichen. Das sind knapp 36 Mio. EUR für das Rheinland.

Die beiden Landschaftsverbände haben die Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Wohlfahrtspflege über ihre schwierige Finanzlage informiert. Im November 2010 haben Frau Landesdirektorin Lubek und Herr Landesdirektor Dr. Kirsch hierzu gemeinsam ein Spitzengespräch mit der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in NRW geführt.

Es wurde vereinbart, umgehend auf NRW-Ebene über die Leistungen zum Wohnen für Menschen mit Behinderungen in Verhandlungen einzutreten. Ziel aller Beteiligten ist, gemeinsam auszuloten, über welche Steuerungsmaßnahmen und/oder Veränderungen im Leistungsgeschehen Einsparpotentiale ermöglicht werden können.

Insbesondere folgende Themen sind Gegenstand der Verhandlungen im Bereich Wohnen:

- Zugangssteuerung - Kritische Prüfung der Zugehörigkeit zum aus rechtlicher Sicht berechtigten Personenkreis und volle Realisierung von Leistungen vorrangiger Leistungsträger für die Leistungsersuchenden
- Angebotsentwicklung - Ausdifferenzierung von Angebotsformen und kritische Prüfung von Leistungsinhalten und -preisen bisheriger Angebote.
- Sozialraumorientierung - Etablierung trägerübergreifender Verbundlösungen (z. B. für die Nachtversorgung) beim Ausbau ambulanter Strukturen und der Dezentralisierung von Großeinrichtungen.
- Wirkungskontrolle - Intensive Prüfung der Qualität und der Effekte der erbrachten Eingliederungshilfen auf der Ebene der einzelnen Menschen und der Anbieter.

Ist mit Maßnahmen und Vereinbarungen zu diesen und ggf. weiteren Themen in der Summe das oben genannte Konsolidierungsziel nicht zu erreichen, wollen die Landschaftsverbände umgehend Entgeltverhandlungen aufnehmen.

Hierzu bestehen aus der Sicht der Landschaftsverbände zwei Optionen:

- die Vereinbarung einer pauschalen Absenkung aller Leistungsentgelte im Bereich Wohnen oder
- Einzelverhandlungen mit den Trägern der Wohneinrichtungen.

Im Auftaktgespräch vom 02.11.2010 wurde vereinbart, dass erste Ergebnisse über die Beratung der o. g. Themen Anfang April vorliegen sollen.

Folgende Themen stehen aus der Sicht des LVR für die (zunächst landesteilbezogenen) Verhandlungen mit der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege für den Bereich Arbeit und Beschäftigung im Vordergrund:

Zugangs- / Abgangssteuerung zur WfbM

- Erhöhung der Anzahl der Übergänge aus der WfbM und der Förderschule auf den Allgemeinen Arbeitsmarkt
- Ausbau von Praktika und betriebsintegrierten Arbeitsplätzen als Voraussetzung für den Übergang
- Zuverdienstprojekte als Alternative zur WfbM

Angebotsentwicklung

- Modularisierung der WfbM-Leistungen und der Abbildung im Entgeltsystem

Kostensteuerung

- Überprüfung der zielgruppenbezogenen Kosten und Leistungsstrukturen
- Kontrolle von erbrachten Leistungen, insbesondere für besondere Zielgruppen
- Angleichung der durchschnittlichen Werkstattentgelte an das Niveau des LWL.
(Dies gilt auch für die Entgeltsätze für Teilzeitbeschäftigung in Rheinischen Werkstätten.)

Dezernat 8 – Klinikverbund und Heilpädagogische Hilfen

Zur Erstellung des Haushaltsplans 2011 wurde in Zuständigkeit von Dezernat 8 ein Konsolidierungsbeitrag in Höhe von rd. 617.000 EUR geleistet. Dieser Konsolidierungsbeitrag wurde hauptsächlich in den Produktgruppen

**PG 058 – LVR-Netzwerk Heilpädagogischer Hilfen,
PG 060 – LVR-Kliniken und Servicebetriebe und
PG 062 – Psychiatrische Versorgung im Rheinland**

vorgenommen.

Folgende Maßnahmen sind zur Realisierung dieses Konsolidierungsbeitrages für das Haushaltsjahr 2011 gegenüber der bisherigen mittelfristigen Finanzplanung in die Haushaltsplanung eingeflossen:

Streichung des Trägerzuschusses zu den Ferienmaßnahmen

Sowohl in der Produktgruppe 058 als auch in der Produktgruppe 060 wurden die Trägerzuschüsse zu den Ferienmaßnahmen gestrichen. Diese Entscheidung wurde in enger Abstimmung mit Dezernat 7 getroffen, wo die Förderung von Ferienmaßnahmen für Wohnheimbewohnerinnen und -bewohner ebenfalls ab dem Haushaltsjahr 2011 wegfällt. Auf den gemeinsam von Dezernat 7 und 8 erstellten Textbeitrag wird verwiesen.

Erwarteter Minderaufwand:

PG 058	502.000 EUR
PG 060	73.000 EUR

Zeitliche Streckung von Fördermaßnahmen

Die aktuelle Antragslage ermöglicht eine zeitliche Streckung der Förderprogramme, speziell beim „Anreizprogramm gerontopsychiatrische Beratung im gerontopsychiatrischen Zentrum“ (Antrag 12/368).

Erwarteter Minderaufwand in der PG 062	42.000 EUR
--	------------

Dezernat 9 – Kultur und Umwelt

Die Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung bedeuten für die Bereiche Kultur und Umwelt harte Einschnitte.

Das Dezernat 9 ist sehr sorgsam bei der Realisierung der zu erbringenden Konsolidierungsbeiträge in Höhe von rd. 1,4 Mio. EUR vorgegangen. Die notwendigen Einsparungen wurden im Sachaufwandsbudget vorgenommen, da eine weitere Belastungen des Personalkostenbudgets aufgrund der restriktiven Veranschlagung der vergangenen Jahre und auch für das Haushaltsjahr 2011 nicht möglich waren, ohne die Aufgabenerledigung des Dezernates gravierend einzuschränken. Schon heute können viele freiwerdende Stellen aufgrund fehlender Finanzierung nicht wiederbesetzt werden.

Auch beim Transferaufwand in Höhe von rd. 13,2 Mio. EUR wurde von der Umsetzung von wesentlichen Kürzungen abgesehen, da diese Mittel unmittelbar den selbst mit finanziellen Problemen kämpfenden Mitgliedskörperschaften und den Netzwerkpartnern (hier aufgrund von Verträgen) zu Gute kommen. Im Falle des Zentrums für verfemte Künste wurde der LVR-Beitrag sogar deutlich erhöht, um ein strukturelles Defizit der zu gründenden GmbH und damit ein Scheitern des Projektes zu vermeiden.

Auch wenn die Einsparungssumme prozentual nach einem vorgegebenen Schlüssel auf die einzelnen Produktgruppen des Dezernates 9 aufgeteilt wurde (Aufteilung entsprechend dem Anteil des durch Umlagemittel zu finanzierenden Bedarfs) wurde innerhalb der jeweiligen Produktgruppe die zu erbringende Einsparung nicht nach der Rasenmähermethode sondern im Rahmen von Einzelprüfungen und -entscheidungen realisiert.

Wesentliche Reduzierungen erfolgten im Haushaltsentwurf 2011 aufgrund von Leistungsreduzierungen im Bereich der Zusammenarbeit zwischen den Museen und der Rheinland Kultur GmbH, bei Wechsausstellungen, Publikationen, Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit und den Bewirtschaftungskosten der Außendienststellen:

PG 018 – LVR-Landesmuseum Bonn und Max-Ernst-Museum Brühl des LVR

Einsparung: ca. 268.000 EUR

Es wurden folgende Positionen gekürzt:

- Wechsausstellungen LMB:	74.000 EUR
- Öffentlichkeitsarbeit LMB:	30.000 EUR
- Veranstaltungen LMB:	20.000 EUR
- Publikationen LMB:	32.000 EUR
- Dauerausstellungen MEM:	90.000 EUR
- Öffentlichkeitsarbeit MEM:	22.000 EUR

PG 021 – LVR-Industriemuseum

Einsparung: ca. 190.000 EUR

Es wurden folgende Positionen in der PG 021 gekürzt:

- Bewirtschaftung: 62.000 EUR
- Verbrauchsmaterial: 20.000 EUR
- Energie: 30.000 EUR
- Bewirtschaftung der Grundstücke u. Gebäude: 10.000 EUR

Zudem wurden ausgewählte Publikationen (Einsparung: 20.000 EUR) und Wechselausstellungen / Veranstaltungen (Einsparung: 48.000 EUR) komplett gestrichen.

PG 022 – LVR-Archäologischer Park Xanten, LVR-Römermuseum

Einsparung: ca. 190.000 EUR

Alleine 158.000 EUR entfallen hier auf Einsparungen bei dem Sanierungsprogramm, der Parkpflege, den Flächenüberarbeitungen und dem Kräutergarten.

Zudem konnten folgende Ansätze reduziert werden:

- Großgrabungen: 12.000 EUR
- Veranstaltungen / Ausstellungen: 15.000 EUR
- Öffentlichkeitsarbeit: 5.000 EUR

PG 023 – LVR-Freilichtmuseum Lindlar

Einsparung: ca. 57.000 EUR

Das LVR-Freilichtmuseum Lindlar erbrachte seinen Konsolidierungsbeitrag von 57.000 EUR wie folgt:

- Publikationen: 10.000 EUR
- Warenreduzierung Shop: 23.000 EUR
- Werbung / Veranstaltungen: 21.000 EUR
- Reinigung: 3.000 EUR

PG 024 – LVR-Freilichtmuseum Kommern

Einsparung: ca. 158.000 EUR

Die Einsparung konnte dank gesunkener Instandhaltungskosten bei Grundstücken und Gebäuden (70.000 EUR) und der Reduzierung des Warenangebots des Shops (88.000 EUR) erzielt werden.

PG 025 – Kulturförderung und -veranstaltungen

Einsparung: ca. 337.000 EUR

Neben der Reduzierung der Mittel für Publikationen (13.000 EUR) und Werbung (4.000 EUR) entfallen hier Ausstellungskosten für den Butzweiler Hof in Höhe von 320.000 EUR (stattdessen werden diese Mittel investiv geplant).

PG 027 – LVR-Institut für Landeskunde und Regionalgeschichte

Einsparung: ca. 35.000 EUR

Hier konnten kleinere Positionen gekürzt werden:

- Werbung:	16.500 EUR
- Honorare:	10.000 EUR
- Reisekosten:	6.000 EUR
- Dienstreisen:	2.500 EUR

PG 031 – LVR-Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland

Einsparung: ca. 46.000 EUR

In der PG 031 wurden etliche Positionen gekürzt:

- Verbrauchsmaterial:	9.500 EUR
- Publikationen:	12.000 EUR
- Unterhaltung der Maschinen und technischen Anlagen:	4.000 EUR
- Arbeits- und Schutzkleidung:	3.000 EUR
- Zeitungen / Fachliteratur:	2.000 EUR
- Portokosten:	6.000 EUR
- Telefonkosten:	6.500 EUR
- Öffentlichkeitsarbeit / Werbung:	2.000 EUR
- Reisekosten:	1.000 EUR

PG 032 - Kulturlandschaftspflege

Einsparung: ca. 44.000 EUR

In erster Linie ist hier die Einsparung bei der Erarbeitung wissenschaftlicher Grundlagen zu nennen (33.000 EUR). Zudem wurden Kürzungen bei der Pflanzgutförderung (5.000 EUR), der Öffentlichkeitsarbeit (4.000 EUR) und der Gästebewirtung (2.000 EUR) vorgenommen.

PG 033 – Ehemalige Synagoge Titz

Einsparungen: 7.500 EUR

Hier wurden lediglich die Mittel für Publikationen (4.000 EUR) und Veranstaltungen (3.500 EUR) reduziert.

PG 036 - Umweltschutz

Einsparung: ca. 27.000 EUR

Hier wurde der Wegfall eines Ökoaudits in 2011 eingeplant.

Sonstige Veränderungen im Dezernat 9:

Einsparung: ca. 80.000 EUR

Neben den oben aufgeführten Einsparungen konnte das Dezernat 9 zusätzlich 80.000 EUR bei Kleinstpositionen realisieren.

Das Angebot der Kultureinrichtungen des LVR sollte zumindest in den Kernaufgaben, wie in den Produktgruppen, Produkten und Zielen eindeutig definiert, trotz der vorgenommenen Kürzungen, aufrechterhalten werden können.

Es muss an dieser Stelle aber darauf hingewiesen werden, dass die Bemühungen des LVR im Rahmen der Netzwerkprojekte im Widerspruch zu den Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung stehen.

Bedingt durch die konsolidierungsbedingten Kürzungen fällt die Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes und eine kundenorientierte Aufgabenwahrnehmung in den LVR-Kulturdienststellen zunehmend schwerer. Mit den bisherigen und künftigen Netzwerkpartnern werden aber Verträge abgeschlossen, die dann zu verbindlichen Zahlungsverpflichtungen des LVR führen. Die Netzwerkprojekte können damit derzeit nicht bei den Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung der Kulturdienststellen berücksichtigt werden. Dieser Umstand muss im bei zukünftigen Entscheidungen Berücksichtigung finden.